



Fotos: David Ausserhofer, Berlin

Hans-Peter Friedrich gehört zu den politischen Schwergewichten in der Bundeshauptstadt. Der promovierte Jurist und studierte Wirtschaftswissenschaftler hat das politische Einmaleins von der Pike auf gelernt. Als persönlicher Referent (1993 – 1998) des damaligen Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Glos, galt Friedrich innerhalb der Unionsfraktion als anerkannter Experte für die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft sowie Post und Telekommunikation, sodass er nach seiner Wahl in den Deutschen Bundestag (1998) in den Ausschuss für Arbeit und Soziales delegiert wurde. Seine weiteren Stationen auf der politischen Karriereleiter: von 2005 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zuständig für die Bereiche Verkehr, Bau, Stadtentwicklung, Tourismus sowie Kommunalpolitik; von 2009 bis 2011 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag; von 2011 bis 2013 Bundesminister des Innern und von Dezember 2013 bis Februar 2014 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Im Zuge staatsanwaltlicher Ermittlungen gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy wurde bekannt, dass Hans-Peter Friedrich in seiner Funktion als Bundesinnenminister den SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel über die laufenden Ermittlungen gegen Edathy informiert hatte. Aufgrund des – wie er es formulierte – gewachsenen Drucks trat Hans-Peter Friedrich am 14. Februar 2014 vom Amt des Bundeslandwirtschaftsministers zurück. Nach wie vor ist Hans-Peter Friedrich der tiefen Überzeugung, dass er seinerzeit politisch und rechtlich richtig gehandelt hatte, als er den SPD-Vorsitzenden über die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Edathy informierte. Friedrichs Haltung wird von namhaften Staatsrechtswissenschaftlern gestützt. So zum Beispiel durch Joachim Wieland.

Nach seinem Rücktritt als Landwirtschaftsminister ist Friedrich erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden.

In der Flüchtlingspolitik und beim Euro-Rettungsschirm nimmt Friedrich eine Position ein, die deutlich vom Kurs der Bundeskanzlerin abweicht. In einem Tweet bezeichnete Hans-Peter Friedrich die Flüchtlingspolitik als verfehlt. Zudem führe CDU-Chefin Angela Merkel ihre Partei viel zu weit nach links.

In einem Gespräch mit den BDS-Vertretern Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer begründete Dr. Friedrich seine kritische Haltung gegenüber der Bundesregierung und nahm Stellung zu der Frage, ob über eine Million Flüchtlinge kulturell zu integrieren sind.

Flanke nach rechts schließen

Ex-Innenminister **Hans-Peter Friedrich** über die Prinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und christlichen Politik



? Der Berliner Kreis um Christean Wagner, ein Zusammenschluss konservativer und wirtschaftsliberaler Unionspolitiker, hat Merkels Flüchtlingskurs in einem Papier massiv kritisiert. Die Autoren beklagen eine Linksdrift der CDU. Kommt diese Erkenntnis nicht zu spät – besonders mit Blick auf die Wahlerfolge der AfD?

Hans-Peter Friedrich: Wenn es um die AfD geht, rate ich dringend, nicht ängstlich wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und sich taktische Raffinessen auszudenken. Wir müssen uns als Union wieder auf unsere Grundsätze einer freiheitlich-liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besinnen, den Menschen entsprechende Angebote machen und diese in praktische Politik gießen. Das ist nicht zu früh, das ist nicht zu spät, sondern das ist ein Dauerauftrag.

? Nun gilt ja dieser legendäre Satz von Franz Josef Strauß, dass es rechts neben der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben darf. Die Bundeskanzlerin hat dies in einem Interview aber in Frage gestellt. Wenn der Satz so interpretiert werde, „dass Prinzipien relativiert oder gar aufgegeben werden müssten, damit Menschen sich nicht von der Union abwenden, Prinzipien, die für unser Land, wie auch für die Union konstitutiv sind, die den Kern unserer Über-



„Rechts neben der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben“

(Franz Josef Strauß)

zeugungen ausmachen, dann gilt dieser Satz nicht für mich“.

Hans-Peter Friedrich: Franz Josef Strauß stand immer für die Prinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und auf einem christlichen Menschenbild aufbauenden Politik. Dazu gehört, dass man versucht, von der Mitte bis zum demokratischen rechten Rand so viele Menschen wie möglich in eine Volkspartei zu integrieren. Das heißt für uns, dass wir auch die nationalkonservativen und die liberalkonservativen Menschen in unser Spektrum integrieren müssen. Denjenigen in der CDU, die diesen Auftrag aufgeben wollen, weil sie glauben, dass sie in der linken Mitte eher Stimmen holen können, sage ich, dass dies ein großer Fehler ist, weil kein Mensch in Deutschland eine linke CDU braucht. Es gibt schon genug linke Parteien in Deutschland. Wir brauchen keine CDU, die die Flanke nach rechts öffnet und im Grunde zulässt, dass die Nationalkonservativen, die Liberalkonservativen und die Wirtschaftsliberalen sich einer Partei wie der AfD zuwenden.

? Denjenigen, die Kritik an der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel üben, wird vorgeworfen, sie trügen die Verantwortung für die Wahlniederlagen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Aber ist es nicht so, dass nicht derjenige

Fehler macht, der auf Fehler hinweist, sondern derjenige, der sie begeht?

Hans-Peter Friedrich: Die Menschen im Land spüren und wissen, dass ein ungesteuerter Zustrom nach Deutschland und Europa durch eine Völkerwanderung nicht gut gehen kann. Deshalb erwarten die Bürger von uns, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen und dass wir auf ihre Fragen Antworten geben. Es darf nicht darum gehen, aus taktischen Gründen ständig auf Wahlen zu schießen, sondern wir müssen Politik gestalten. Und dies mit klaren Aussagen. Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass wir in ihrem Sinn und zum Schutz ihrer berechtigten Interessen nach den Regeln des gesunden Menschenverstandes Politik gestalten. Wenn wir dies beherzigen, werden wir auch wieder Wahlen gewinnen.

? Passen dann überhaupt nach Ihrer Meinung noch CDU und CSU zusammen?

Hans-Peter Friedrich: Ich habe lange in Nordrhein-Westfalen gelebt. Ich weiß, dass meine Freunde dort in den CDU-Ortsverbänden in der Flüchtlingsfrage genau so denken, wie wir in Bayern auch. Wenn die politische Führung dies beherzigt, kann eigentlich nichts schiefgehen.



? Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Carsten Linemann, sieht das Hauptproblem der Flüchtlingskrise in der kulturellen Integration. Sie haben sich in verschiedenen Medien ähnlich geäußert. Wo sehen Sie die Probleme?

Hans-Peter Friedrich: Zunächst müssen wir deutlich machen, dass jeder, der zu uns kommt, sich an unserer Leitkultur zu orientieren hat. Wer dazu nicht bereit ist, muss unser Land wieder verlassen. Gleichwohl ist es eine Mammutaufgabe, über eine Million Menschen, die im letzten Jahr zu uns gekommen sind, kulturell zu integrieren. Die meisten Migranten sprechen kein Wort Deutsch. Wir haben nicht genug Dolmetscher, um mit ihnen zu kommunizieren. Über die Bildersprache geht das nur unzureichend und mit ein paar Stunden Integrationskurs ist es nicht getan. Zudem darf ich darauf hinweisen, dass in Deutschland sehr viele Migranten leben, bei denen es uns auch nach Jahrzehnten nicht gelungen ist, ihnen unsere Kultur nahezubringen. Es gibt ein afrikanisches Sprichwort, das da lautet: „Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.“ Dieses Sprichwort lässt sich eins zu eins auf die heutige Situation übertragen. Für die Integration eines Migranten aus einer fremden Kultur braucht es eine ganze Gesellschaft.

Wenn der Satz von Franz Josef Strauß so interpretiert wird, „dass Prinzipien relativiert oder gar aufgegeben werden müssten, damit Menschen sich nicht von der Union abwenden, Prinzipien, die für unser Land, wie auch für die Union konstitutiv sind, die den Kern unserer Überzeugungen ausmachen, dann gilt dieser Satz nicht für mich“

(Angela Merkel)



? Wird sich die Situation nicht beruhigen, nachdem die Balkanroute geschlossen ist?

Hans-Peter Friedrich: Dank unserer österreichischen und mazedonischen Freunde ist die Balkanroute geschlossen. Es ist aber ein großer Fehler, zu glauben, dass dies zu einer deutlichen Entspannung beitragen wird. Ich befürchte, dass weitere Flüchtlinge über das Mittelmeer, aber auch über die Ukraine kommen werden – zum Beispiel Flüchtlinge aus Afghanistan. Deswegen brauchen wir eine grundlegende Klärung der Frage, wie wir mit zig Millionen Menschen, die tendenziell nach Europa wollen, umgehen werden. Blicken Sie auf Schweden, ein Land mit einer großen liberalen Einwanderungstradition. Die Schweden haben ihre Grenzen geschlossen, weil sie wissen, dass es das Ende ihres Staatswesens wäre, wenn sie es zuließen, dass mit einer Überflutung von Menschen das Land überfordert und der hochentwickelte Sozialstaat in Trümmer gelegt würde. Es muss unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass nur so viele Menschen zu uns kommen, wie wir verkraften können.

? Immer wieder wird von Übergriffen auf Christen und andere religiöse Minderheiten in Flüchtlingsunterkünften berichtet. Haben diese Täter nicht von vornerein ihr

Aufenthaltsrecht in Deutschland und ihren Status als Asylsuchende verwirkt?

Hans-Peter Friedrich: Tatsache ist, dass die Flüchtlinge auch ihre Konflikte, die letzten Endes zum Bürgerkrieg führten, mit nach Deutschland bringen. Deshalb müssen wir diesen Flüchtlingen sagen, dass sie in Deutschland die christliche Kultur mit all ihren Regeln und ihrer Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen zu akzeptieren haben. Die Frage, ob jemand sein Asylrecht verwirkt, ist eine juristische Frage, bei der die Richter das letzte Wort haben. Wer aber nicht Willens ist, unsere Kultur zu akzeptieren, hat zumindest aus moralischen Gründen sein Asylanspruch verwirkt.

? Der Berliner Kreis fordert, den Personen die deutsche Staatsbürgerschaft abzuerkennen, die im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen und neben der deutschen noch eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen. Können Sie sich mit dieser Forderung anfreunden?

Hans-Peter Friedrich: Ich teile diese Forderung, die im Übrigen auch in Frankreich diskutiert wird. Allerdings betrifft dies nur einen ganz kleinen Personenkreis, weil – wie wir wissen – nur wenige der



Terroristen eine doppelte Staatsangehörigkeit vorweisen können.

? Ein Berater Erdogans hat damit gedroht, Flüchtlinge wieder auf den Weg nach Europa zu schicken, falls die Visafreiheit für die Türkei nicht kommt. Ist angesichts dieser Drohkulisse die Türkei überhaupt ein seriöser Verhandlungspartner?

Hans-Peter Friedrich: Wir können uns unsere Verhandlungspartner in der Welt leider nicht aussuchen. Um unsere Grenzsicherungsaufgaben wahrnehmen zu können, brauchen wir ein Abkommen mit der Türkei, aber auch Abkommen mit den nordafrikanischen Staaten. Natürlich haben wir es nicht überall mit Demokratien nach deutschem Vorbild und Muster zu tun. Aber wir betreiben ja auch nicht nur Handel mit lupenreinen Demokratien. Insofern rate ich, die Messlatte nicht zu hoch zu legen. Allerdings darf man sich nie in eine Situation begeben, in der man aus der Position des Bittstellers heraus verhandeln muss. Meine türkischen Gesprächspartner haben mir immer gesagt, dass man mit Erdogan nur aus einer Position der Stärke heraus verhandeln darf. Dazu hätten wir entschlossen die türkisch-griechische Grenze sichern müssen.

? Als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion sind

Sie für die Europapolitik zuständig. In einem Interview mit der Welt haben Sie verlautbart, dass die europäischen Bürger Brüssel zunehmend als fremde Macht verstehen. Was meinen Sie genau?

Hans-Peter Friedrich: Es gibt eine Entfremdung zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen in Brüssel. Wir haben eine unerträgliche Dominanz der europäischen und nationalen Technokraten in der EU. Diese ergibt sich daraus, dass in allen wesentlichen Fragen EU-Kommission und Rat zusammenwirken und das Europäische Parlament im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten versucht, das Schlimmste zu verhindern. Hingegen werden die nationalen Parlamente als Vertreter der

„Wir brauchen keine CDU, die die Flanke nach rechts öffnet“

(Hans-Peter Friedrich)

Mit Dr. Hans-Peter Friedrich sprachen Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer



Bürger weitgehend außen vor gelassen. Das ist nicht, wie wir uns Europa vorgestellt haben.

? Für wie wahrscheinlich halten Sie ein viertes Hilfspaket für Griechenland?

Hans-Peter Friedrich: Das ist schwer zu beurteilen. Die Probleme in Griechenland sind trotz einiger positiver Signale der Griechen nach wie vor ungelöst. Ich denke, dass wir inzwischen an einem Punkt angekommen sind, an dem den Griechen wieder mehr Selbstbestimmungsrecht gegeben werden muss, aber sie gleichzeitig die Konsequenzen ihres Scheiterns selbst zu tragen haben.

? Wäre es nicht für alle Beteiligten besser, wenn Griechenland die Eurozone verlassen würde?

Hans-Peter Friedrich: Seit 2010 habe ich in allen Funktionen immer wieder dafür plädiert, dass Griechenland die Eurozone verlässt. Ich hätte es auch für gut gefunden, wenn wir im letzten Jahr einen Schlusstrich gezogen hätten. Inzwischen befinden wir uns in Europa in einer derart instabilen politischen Lage, dass ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone eine weitere politische Belastung der EU brächte, auch wenn das ökonomische Risiko inzwischen geringer wäre. ■